



## UMWELT / REDAKTION

### Umwelt - Versorgung und Überleben ...

(SB) - Kein Land der Erde ermöglicht seinen Bürgerinnen und Bürgern ein gesundes, langes und glückliches Leben innerhalb der planetaren Grenzen. Entweder ist der Ressourcenverbrauch übermäßig oder aber die Grundbedürfnisse der Menschen werden nicht erfüllt. Das fand eine Forschergruppe unter anderem von der Universität Leeds bei der vergleichenden Analyse von 151 Ländern heraus. Das Vereinigte Königreich oder die USA, die ihren Bevölkerungen ein gutes Leben böten, müßten den Ressourcenverbrauch zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse um den Faktor 2 bis 6 reduzieren, heißt es in der Studie, an der auch das in Berlin ansässige Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) beteiligt ist. Auf der anderen Seite verbräuche ein Land wie Sri Lanka zwar nicht mehr Ressourcen, als der Planet hergebe, aber es könne wiederum die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht ausreichend decken. Die an der Studie Beteiligten, die eine Nähe zu Postwachstumsideen erkennen lassen, sprechen sich dafür aus, daß beides zusammenkommt und allen Menschen ein nachhaltiges und sozial zufriedenstellendes Leben geboten wird ... (Seite 4)

## Eurosicherheit - im Westen nichts Neues ...

### *Im letzten Jahr ist die Welt zu nahe an einen großen zwischenstaatlichen Konflikt gerückt*

*Wolfgang Ischinger im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz [1]*

(SB) 9. Februar 2018 - "An den Abgrund - und zurück?" Das Motto der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz bringt eine Stimmung weltweit wachsender Ungewißheit zum Ausdruck, ob sich die Eskalation der Krisen zum großen Krieg noch aufhalten läßt. Was die Konfrontation der westlichen Mächte mit Rußland betrifft, zeichnet sich als Schlachtfeld Mitteleuropa ab, das unter Einsatz konventioneller Waffen verwüstet oder atomar entvölkert und auf lange Zeit unbewohnbar gemacht würde. Angesichts dieses apokalyptischen Szenarios muteten jegliche Anstrengungen unverzichtbar an, einer Deeskalation höchste Priorität einzuräumen und die gegenseitige Bedrohung zurückzufahren. Obgleich die Bundesregierung im Interesse der deutschen Bevölkerung an der Spitze aller Bemühungen um Abrüstung, vertrauensbildende Maßnahmen und belastbare Abkommen stehen müßte, scheint das Gegenteil der Fall zu sein: Langgehegte hegemoniale Pläne, auch dem militärischen Führungsanspruch in Europa Geltung zu verschaffen, werden rigoros umgesetzt.

Der von der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz herausgegebene jährliche Munich Security Report gibt einen Überblick über die wichtigsten sicherheitspolitischen Themen und bietet Hintergrundinformationen. Als Impulsgeber für die Konferenz dient er als Lektüre für die Teilnehmer, wird aber auch der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Diese Bestandsaufnahme liest sich düster: Anhaltende Erosion der sogenannten liberalen internationalen Ordnung, eine unberechenbare US-Außenpolitik, Gefahr einer nuklearen Konfrontation um Nordkorea, zunehmende Spannungen in aller Welt, Kriegsrhetorik und steigende Rüstungsausgaben. Im letzten Jahr sei die Welt viel zu nah an die Schwelle eines großen zwischenstaatlichen Konfliktes gerückt, und die internationale Gemeinschaft müsse alles tun, um sich von dieser Schwelle wegzubewegen. [2]

Unter diesen Umständen hört es sich fast schon plausibel an, wenn Wolfgang Ischinger als Vorsitzender der Sicherheitskonferenz hervorhebt, daß es jetzt um so wichtiger sei, den Austausch zwischen wichtigen

Akteuren zu stärken. Die Konferenz sei dafür genau das richtige Forum, und gäbe es sie nicht, müßte sie bei der momentanen Weltlage neu erfunden werden. Das Teilnehmerfeld ist in der Tat so hochrangig besetzt, daß man sich des Eindrucks kaum erwehren kann, die weltweit bedeutendste Tagung in Sachen Sicherheit sei der maßgebliche Schauplatz, an dem das Schicksal der Menschheit verhandelt wird. Zumindest aber gilt sie als Seismograph für die Krisen weltweit und insbesondere den strategischen Entwurf der westlichen Mächte, das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden.

Jedenfalls lassen die dem aktuellen Sicherheitsbericht vorangestellten ausgewählten Inhalte keinen Zweifel daran, wo die Feinde verortet werden und wie man sie in die Knie zu zwingen gedenkt. In Zusammenarbeit mit einschlägigen Denkfabriken und Forschungsinstituten wurden exklusive Studien produziert, die den Blick vom europäischen Feldherrnhügel in den Rang der einzig relevanten Sichtweise erheben. So steht da zu lesen, daß eine Mehrheit der Europäer ihre Streitkräfte über die nationalen Grenzen hinaus, vorzugsweise weltweit, einsatzfähig haben möchte. Vergleiche man die militärische Stärke der NATO und Rußlands in den baltischen Staaten im Falle einer unvorhergesehenen Konfrontation, übertreffe Rußland die schnell einsatzfähigen Kampfeinheiten der NATO in bezug auf Artillerie und Infanterie bei weitem, während die NATO Luftüberlegenheit besitze. Weiter heißt es, daß die russischen INF-Raketen wahrscheinlich alle wichtigen NA-

TO/US-Basen und -Atomwaffenlager in Europa erreichen könnten. Neue Daten zeigten den signifikanten Ausbau der Infrastruktur Chinas im Südchinesischen Meer sowie die steigende globale militärische Präsenz der Chinesen. Genannt werden zudem die Aufrüstung afrikanischer Länder, das Atomprogramm Nordkoreas und das Abkommen mit dem Iran sowie die Korrelation zwischen Dürren und Konflikten mit geringer Intensität.

Kein Wort von der Expansion der NATO bis an die russische Grenze und dem Vormarsch der EU gen Osten, keine Rede von der Einkreisung Chinas oder der wirtschaftlichen Ausbeutung der afrikanischen Länder, von der maßgeblichen Verantwortung für den Klimawandel ganz zu schweigen. Es geht um die Sicherheit der westlichen, namentlich der europäischen Mächte, ihre Vorherrschaft fortzuschreiben und die Konkurrenz in die Schranken zu weisen. Daß die deutschen Interessen dabei nicht zu kurz kommen, soll erstmals eine geschäftsführende Regierungsdelegation gewährleisten. Vertreten wird sie durch Sigmar Gabriel, Ursula von der Leyen, Thomas de Maizière und Gerd Müller, mehr als 30 Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen werden bei der Konferenz erwartet. Wenn diese Abordnung in München aufschlägt, hat sie ihr jüngstes sicherheitspolitisches Sturmgeschütz bereits in Stellung gebracht.

So wird das neue NATO-Hauptquartier, das künftig die Verlegung von Truppen und Material in Europa optimieren soll, in

Deutschland angesiedelt. Die wichtigste Aufgabe dieses Planungs- und Führungszentrums wird darin bestehen, den schnellen Aufmarsch westeuropäischer und US-amerikanischer Streitkräfte in unmittelbare Nähe zur russischen Grenze zu gewährleisten. Unter Federführung der Bundeswehr sollen die Mängel behoben werden, die in den letzten Jahren bei Manövern zutage getreten waren. Indem Infrastruktur und Gesetzgebung an die Erfordernisse der Streitkräfte angepaßt werden, schreitet die Militarisierung Europas mit eindeutiger Stoßrichtung der Kriegsvorbereitung voran. [3]

Nachdem die Bundesregierung im vergangenen Jahr ihr Interesse bekundet hatte, verständigten sich die Bündnisstaaten grundsätzlich darauf, ein entsprechendes Angebot von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen anzunehmen, zumal es keine anderen Kandidaten für das Hauptquartier gab. Standort könnte die Region Köln-Bonn werden, wo bereits die Streitkräftebasis und das Streitkräfteamt der Bundeswehr ihren Sitz haben. Ein zweites neues Hauptquartier wird den Planungen zufolge in den USA aufgebaut. Es soll die Luft- und Seewege zwischen Nordamerika und Europa über den Atlantik sichern.[4] Als Besonderheit des neuen Hauptquartiers in Deutschland ist hervorzuheben, daß es nicht in die bestehende Kommandostruktur der NATO integriert wird. Es soll vielmehr in deutscher Hoheit betrieben und nur bei Bedarf dem nordatlantischen Bündnis unterstellt werden. Daher können dort auch Militäreinsätze außerhalb des Rahmens der NA-

TO wie etwa einer "Armee der Europäer" geplant und geführt werden. Diese europäische Armee will die künftige Bundesregierung laut ihres Koalitionsvertrags aufbauen, und sie könnte sich insbesondere dann als nützlich erweisen, wenn es zu einem Dissens mit Washington kommen sollte. Deutschland hat sich also für ein Hauptquartier stark gemacht, das die gesamte Palette künftiger deutscher Kriege offenhält.

#### Anmerkungen:

[1] [www.securityconference.de/aktivitaeten/munich-security-conference/msc-2018/](http://www.securityconference.de/aktivitaeten/munich-security-conference/msc-2018/)

[2] [www.securityconference.de/debatte/munich-security-report/munich-security-report-2018/](http://www.securityconference.de/debatte/munich-security-report/munich-security-report-2018/)

[3] [www.jungewelt.de/artikel/326966.für-kriege-der-zukunft.html](http://www.jungewelt.de/artikel/326966.für-kriege-der-zukunft.html)

[4] [www.sueddeutsche.de/politik/-sicherheitspolitik-bundeswehr-soll-neues-nato-hauptquartier-in-deutschland-aufbauen-1.3858907](http://www.sueddeutsche.de/politik/-sicherheitspolitik-bundeswehr-soll-neues-nato-hauptquartier-in-deutschland-aufbauen-1.3858907)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1696.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...  
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

## POLITIK / WIRTSCHAFT / INTERNATIONAL

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### Kanada / Mexiko / USA

#### Update Nafta-Verhandlungen: Von den Wahlen verweht?

*von Gerold Schmidt*

(Mexiko-Stadt, 29. Januar 2018, *npl*) - Im Vorfeld wurde mehrfach von der "kritischen und entscheidenden Verhandlungsrunde" gesprochen. Doch nachdem in Montreal vom 23. bis zum 29. Januar die drei Verhandlungsdelegationen aus den USA, Mexiko und Gastgeber Kanada zum sechsten Mal seit August 2017 über die "Modernisierung" des Nafta-Abkommens feilschten, weiß eigentlich niemand mehr als zuvor. Das von Donald Trump zum Dreh- und Angelpunkt seiner Nafta-Attacken auserkorene Thema Autoindustrie sprachen die drei Chefverhandler in Montreal nicht einmal wirklich an. Dagegen sickerte durch, eine endgültige Entscheidung über den Fortbestand des Freihandelsvertrages könne sogar bis Anfang 2019 vertagt werden. Das hieße, bis nach den mexikanischen Präsidentschaftswahlen am 1. Juli und dem Amtsantritt des neuen mexikanischen Präsidenten Anfang Dezember. Und bis nach den Halbzeitwahlen für das US-Repräsentantenhaus und den US-Senat am 6. November. Das einzige greifbare Ergebnis der sechsten Verhandlungsrunde ist eine Einigung über das Nafta-Kapitel Korruptionsbekämpfung, ohne dass bisher die Einzelheiten veröffentlicht worden sind. Nun wird vom 26. Februar bis 6. März in Mexiko-Stadt weiterverhandelt. Der bisher gel-

tende offizielle Zeitplan, bis März 2018 zu einer Entscheidung über Nafta zu kommen, fällt demnach stillschweigend unter den Tisch. Es sei denn, Donald Trump überlegt es sich plötzlich wieder anders.

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/poonaal/update-nafta-verhandlungen-von-den-wahlen-verweht/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonaal@npla.de](mailto:poonaal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwi00342.html>



## Umwelt - Versorgung und Überleben ...

(SB) - Kein Land der Erde ermöglicht seinen Bürgerinnen und Bürgern ein gesundes, langes und glückliches Leben innerhalb der planetaren Grenzen. Entweder ist der Ressourcenverbrauch übermäßig oder aber die Grundbedürfnisse der Menschen werden nicht erfüllt. Das fand eine Forschergruppe unter anderem von der Universität Leeds bei der vergleichenden Analyse von 151 Ländern heraus.

Das Vereinigte Königreich oder die USA, die ihren Bevölkerungen ein gutes Leben böten, müßten den Ressourcenverbrauch zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse um den Faktor 2 bis 6 reduzieren, heißt es in der Studie, an der auch das in Berlin ansässige Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) beteiligt ist. Auf der anderen Seite verbrauche ein Land wie Sri Lanka zwar nicht mehr Ressourcen, als der Planet hergebe, aber es könne wiederum die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht ausreichend decken. Die an der Studie Beteiligten, die eine Nähe zu Postwachstumsideen erkennen lassen, sprechen sich dafür aus, daß beides zusammenkommt und allen Menschen ein nachhaltiges und sozial zufriedenstellendes Leben geboten wird.

Als global nachhaltig gilt der Ressourcenverbrauch (oder auch die Inanspruchnahme von Ressourcen wie die Atmosphäre, in der die CO<sub>2</sub>-Emissionen landen) ei-

nes Staates dann, wenn alle anderen Staaten den gleichen Verbrauch haben könnten, ohne daß die Ressourcen der Erde in absehbarer Zeit erschöpft werden und eine Notlage entsteht.

Bei der im Journal Nature Sustainability [1] veröffentlichten Studie u. a. von Dr. Daniel O'Neill und Dr. Andrew Fanning, beide vom Sustainability Research Institute der Universität Leeds, wurden die Staaten nach sieben Umwelt- und elf Sozialindikatoren untersucht und in Beziehung zu ihrem Ressourcenverbrauch (abzüglich der Effekte des internationalen Handels) gesetzt. Erstere bauen auf den "planetaren Grenzen" (Klimawandel, Landnutzungsänderungen, Trinkwasserverbrauch, u. a.) auf, die das Stockholm Resilience Centre beschrieben hat und die besagen, daß ein dauerhaftes Überschreiten einer solchen Grenze einen katastrophalen Wandel nach sich ziehen würde. Die verwendeten sozialen Indikatoren (wie Höhe der Lebenserwartung, Zugang zu Energie, demokratische Mitbestimmung, Zufriedenheit der Bevölkerung, gesundes Leben bis 65 Jahre und Beseitigung der Armut unterhalb von 1,90 US-Dollar pro Tag) orientieren sich an den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen. Den übergreifenden Rahmen der Studie, bei der planetare Grenzen und soziale Schwellen zusammen untersucht werden, geht auf die Ökonomin Kate Raworth zurück, die ihren Ansatz in dem

Buch Doughnut Economics (2017) beschrieben hat.

Der ernüchternde Befund: Kein Land kommt auch nur in die Nähe eines umwelt- und sozialverträglichen Lebens. Die größte Annäherung an das Ideal stellte die Forschergruppe bei Vietnam fest, das sechs der elf Sozialindikatoren erfüllt und nur eine der sieben sogenannten biophysikalischen Grenzen überschreitet, nämlich die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Auf einer interaktiven Website sind die Daten zu den einzelnen Ländern abrufbar. [2]

Wenn die mehr als sieben Milliarden Menschen ein gutes Leben innerhalb der Grenzen unseren Planeten haben sollen, sind "radikale Veränderungen" notwendig, schreibt Leitautor O'Neill in The Conversation [3] und führt näher aus: Das mindeste wäre, die Einkommensungleichheit dramatisch zu verringern und so schnell wie möglich von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien zu wechseln. Am wichtigsten aber wäre es, wenn reiche Länder wie die USA und das Vereinigte Königreich ihr Streben nach Wirtschaftswachstum überwinden, da das nicht länger das Leben der Menschen innerhalb dieser Länder verbessert, sondern die Menschheit immer näher an die globale Umweltkatastrophe heranbringt.

Theoretisch gibt die Erde genügend her, damit die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt

werden könnten, glauben die Autoren. Doch gelte das nicht mehr für andere soziale Ziele jenseits der Grundbedürfnisse. Als Beispiele werden Sekundarschulbildung und gehobener Lebensstil genannt.

In der Untersuchung wird unausgesprochen vorausgesetzt, daß alle Menschen gleich sind und folglich den gleichen Anspruch an Überlebenssicherheit und Lebensqualität haben. Nicht berücksichtigt wird, daß manche Menschen gleicher sind. So sind in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und insbesondere den USA keineswegs die Grundbedürfnisse aller Einwohnerinnen und Einwohner gedeckt. Rein rechnerisch wird die Armut innerhalb der reichen Länder unkenntlich gemacht, weil in ihnen der Wohlstand und das Wohlbefinden vergleichsweise hoch ist und für statistischen Ausgleich sorgt.

Die Vorstellung, daß allen Menschen ein nachhaltiges und sozial gesichertes Leben beschert werden könnte, hat etwas Sympathisches. Jedoch birgt der Versuch, eine offenkundig schlechte Weltgesellschaft zu verbessern, die Gefahr, daß dabei das Abzulehnende eher noch verstärkt wird. Berechnungen zum Ressourcenverbrauch eines jeden Menschen könnten beispielsweise Bestandteil einer gesellschaftlichen Zuteilungsadministration werden und zum genauen Gegenteil dessen pervertiert werden, was mit der Studie beabsichtigt wird, nämlich den Entzug des Zugangs zu bestimmten Ressourcen begründen. Um eine solche Entwicklung zu verhindern müßte der geforderte "radikale Wandel" wohl um einiges tiefer greifen, als es eine am

Staatsmodell orientierte Studie zu leisten vermag.

### Anmerkungen:

[1] <https://www.nature.com/articles/s41893-018-0021-4>

[2] <https://goodlife.leeds.ac.uk/>

[3] <https://theconversation.com/is-it-possible-for-everyone-to-live-a-good-life-within-our-planets-limits-91421>

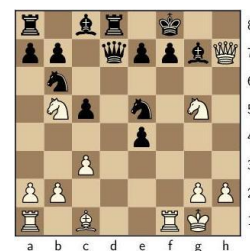
<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umre-210.html>

## SCHACH - SPHINX

### Sternstunde eines jungen Arabers

(SB) - Die Araber scheinen sich in den letzten Jahrzehnten wieder mehr und mehr ihrer Wurzeln im Schachspiel bewußt zu werden. Das Joch der Osmanenherrschaft und die Mandatsregierungen der Franzosen und Engländer nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatten verhindert, daß die arabischen Völkern den Anschluß fanden zu den internationalen Turnieren, mit denen Europa für das Königliche Spiel eine wesentlich umfassendere Plattform geschaffen hatte. Nach wie vor vereiteln politische Wirren in den arabischen Staaten, daß Kunst, Literatur und Sport in einem Maße aufblühen können, wie es diesen Völkern zu wünschen wäre. Immerhin, die ersten Schritte wurden getan, beispielsweise 1983 mit dem 1. Internationalen Schachfestival in Dubai. Die Vereinigten Arabischen Emirate (UAE) hatten 14 Schachspieler zum Wettkampf eingeladen. Neben arabischen Vertretern nahmen auch

drei deutsche Meister an diesem Turnier teil, übrigens die einzigen Europäer. Der Deutsche Schachbund genießt in diesen Ländern ein hohes Ansehen, weswegen Präsident Alfred Kinzel auch zu Gesprächen eingeladen wurde zur Verbesserung der gesamten Entwicklungsstruktur in der Golfregion. Nach anfänglichen Schwierigkeiten - das Klima stellte für die deutschen Akteure eine regelrechte Zerreißprobe dar - belegte Kindermann mit deutlichem Vorsprung den ersten Platz vor dem Indier Thipsay und dem Iraner Sharif. Lobron konnte sich noch auf den vierten Platz vorkämpfen, während Bischof auf dem geteilten siebten und achten Rang steckenblieb. Im heutigen Rätsel der Sphinx soll der damals 14jährige Adel Jassem aus Dubai vorgestellt werden. Er erzielte nur 1,5 Punkte, konnte in der fünften Runde jedoch Lobron mit einer sehenswerten Kombination in die Knie zwingen. Durch ein Figurenopfer hatte der junge Araber die schwarze Stellung diskreditiert. Nun, Wanderer, mit welchem abschließenden Opfer vollendete Jassem den Angriff nun?



Jassem -  
Lobron  
Dubai  
1983

### Auflösung letztes Sphinx-Rästel:

Der finnische Landesmeister Böök hatte bei 1...b4xc3 offenbar nicht damit gerechnet, daß sich Aljechin nun in eine Art Opferhysterie hineinsteigerte und mit 2.Td1xd7! Sf6xd7 3.Sf3-e5 Ta8-a7 4.b2xc3 Ke8- e7 5.e3-e4! Sd7-f6 6.Lc1-g5 Dd8-c7 7.Lg5-f4 Dc7-b6 8.Ta1-d1 g7-g6 9.Lf4-g5! Lf8-g7 10.Se5-d7 Ta7xd7 11.Td1xd7+ Ke7-f8 12.Lg5xf6 Lg7xf6 13.e4-e5! siegreich zu Ende brachte, was augenscheinlich kühn begonnen hatte. Schwarz gab auf, weil das Damenschach auf f3 die Entscheidung forciert hätte.

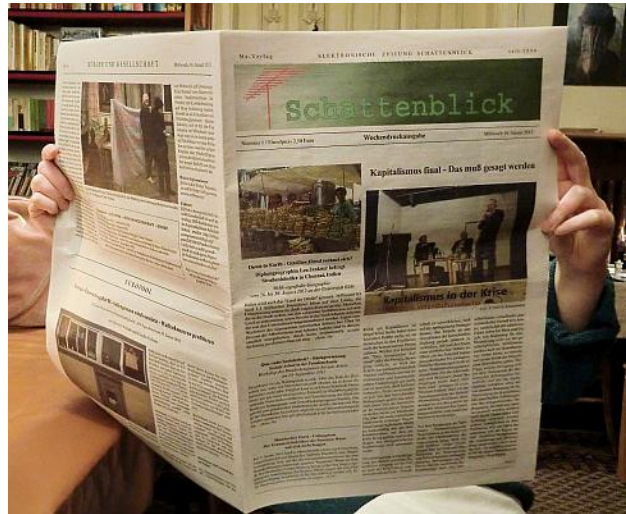


Foto: © by Schattenblick

## Schulzig in das Merkeljahr

Im O-Ton der ZDF-Sendung "Was nun?" vom 12.01.2018 um 19:30 Uhr sagte Martin Schulz auf die Frage, ob seine Aussage noch stimme, „dass er nicht in ein Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eintreten werde: ‚Frau Merkel hat auch mal sehr eindeutig gesagt, die SPD ist auf lange Zeit nicht regierungsfähig.‘“ - Schulz habe nach der Bundestagswahl gesagt: „In eine Regierung von Angela Merkel werde ich nicht eintreten.“  
(Quelle: dpa)

Offensichtlich von der Überraschung geritten, hat der so im Übermaß hochgejubelte Ex-Europaparlamentarier und derzeitige SPD-Vorsitzende Martin Schulz geradezu dramatisch vor aller Öffentlichkeit einen mithin für einen Politiker unnötigen und ausschließlich situativ bedingten Fast-Schwur getan.

Kann sich in diesen Zeiten denn nicht ein Mensch besser für die Aufgabe, entgegen aller seiner vorangegangenen Behauptungen nämlich, für den Posten gerade eines Außenministers der Bundesrepublik Deutschland empfehlen?

Opportunität in Wort und Tat sind ohnehin jene Handwerkszeuge und Grundtugenden, auf die ein Politiker schwerlich verzichten kann, sollte er sich tatsächlich einmal auf den Weg in die Hauptstadt Berlin machen. Sich nun darüber erheben zu wollen, dürfte bigott und anmaßend sein, denn es sind keine Minderheiten, von denen er gefeiert und gewählt wurde und im Zweifelsfalle auch wieder verstoßen wird. Folgt nicht der Politiker hingegen dann nur noch konsequent den ausgetretenen Pfaden und vorgeschriebenen Wegen, die ihm im Licht der Gewohnheiten und des Vertrauten als sicher und erfolgreich erscheinen, während die Präferenzen des Bewährten und Üblichen sich im Kalender der Wiederholungen schlußendlich verlieren und auflösen?

Mithin gestützt von ihren politischen Vorgängern und getrieben von ihren politischen Nachfolgern herrscht doch, aufs kürzeste formuliert, deshalb weiter wenigstens Ruhe im Land.

*Ihre Schattenblick-Redaktion*

*Wochendruckausgabe 73 der Elektronischen Zeitung Schattenblick zum 10.02.2018*



UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Hartze - Marie ...



**Inhalt**

**Ausgabe 2461 / Samstag, den 10. Februar 2018**

<b>POLITIK - KOMMENTAR</b>	Eurosicherheit - im Westen nichts Neues ...	Seite 1
<b>POLITIK - WIRTSCHAFT</b>	Update Nafta-Verhandlungen - Von den Wahlen verweht? (poonal)	Seite 3
<b>UMWELT - REDAKTION</b>	Umwelt - Versorgung und Überleben ...	Seite 4
<b>SCHACH-SPHINX</b>	Sternstunde eines jungen Arabers	Seite 5
<b>EDITORIAL</b>	Schulzig in das Merkeljahr	Seite 6
<b>UNTERHALTUNG - COMIC</b>	Hartze - Marie ...	Seite 7
<b>DIENSTE - WETTER</b>	Und morgen, den 10. Februar 2018	Seite 8

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 10. Februar 2018**

+++ Vorhersage für den 10.02.2018 bis zum 11.02.2018 +++



Nebelkalt und grau und trübe  
und aus Jean-Lucs Haus, da hört  
man 's, als ob er schnarchen übe,  
was doch keine Fliege stört.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963  
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel  
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.